



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 08. April 2022 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Ausmaß und Brutalität des russischen Angriffskriegs nehmen immer alarmierendere Züge an. Die internationale Staatengemeinschaft hat zunächst geschlossen und mit harten, angemessenen Sanktionen reagiert. Diese einhellige Reaktion hat Putin aber bislang nicht davon abgehalten, seinen brutalen Krieg, v.a. die systematischen Bombardierungen von Wohnvierteln und ziviler Infrastruktur fortzusetzen, humanitäre Hilfsmaßnahmen wie Evakuierungen zu unterbinden, Vergewaltigungen und Ermordungen von am Kampfgeschehen unbeteiligten Zivilisten hinzunehmen und Explosionsmittel einzusetzen. Der blutige Krieg dauert bereits über fünf Wochen an, ohne eine Perspektive für das ukrainische Volk, dass Putin endlich die Angriffe einstellt und seine Truppen abziehen lässt. Im Gegenteil: Tag für Tag liegen mehr Hinweise für Kriegsverbrechen der russischen Seite vor.

Die grausamen Hinrichtungen von Butscha und Borodjanka müssen ein Weckruf für die internationale Staatengemeinschaft sein, die Ukraine noch sehr viel deutlicher, entschiedener und substanzieller zu unterstützen.

Eines der vielen Dilemmata begleitet uns in der täglichen Arbeit: Die Frage der Energieimporte aus Russland. Diese Frage entzieht sich – wie es im Übrigen in der Außenpolitik und im Zusammenhang mit Maßnahmen gegen Kriegsakte und Völkerrechtsbrüche immer der Regelfall sein sollte – einer rein parteipolitischen Auseinandersetzung. Persönlich befürworte ich einen sofortigen Importstopp für russisches Öl und Gas und habe in meiner Abwägung auch die Bedenken aus der Wirtschaft in dieser Meinungsbildung berücksichtigt.

Zudem stand die Impfpflicht auf der Agenda. Die Ampel-Koalition hat mit ihrem monatelang unklaren Kurs das Scheitern von Anträgen und Gesetzesentwürfen sehenden Auges in Kauf genommen. Es macht mich nachdenklich, dass der Corona-Kurs von Olaf Scholz und Karl Lauterbach von Pannen, Pleiten und auch selbstverantwortetem Pech geprägt ist. Das verheißt für das Land nichts Gutes. Ich wünsche mir, dass die Ampel-Koalition nun die von uns ausgestreckte Hand ergreift und mit uns einen Pfad geht, der eine Verschlimmerung der Situation im Herbst bzw. Winter verhindert.

Herzlichst, Ihr Markus Koob



Schwerpunkte der Woche | 04.-08. April 2022

- **Debatte zu russischen Kriegsverbrechen in der Ukraine**
- **Abstimmung zur Impfpflicht**
- **Unterstützung für Moldau & Austausch mit Parlamentskollegen aus Nigeria**

Mehr Waffen für die Ukraine, schärfere Russland-Sanktionen

Das grauenhafte Massaker in Butscha bei Kiew zeigt: Das ukrainische Volk kämpft in diesem Krieg – im wortwörtlichen Sinne – nicht nur um sein Überleben, sondern auch für europäische Werte und Freiheit. Für uns folgt daraus: Erstens braucht die Ukraine mehr Waffen. Bundeskanzler Scholz muss bei der Unterstützung der Ukraine endlich das Heft des Handelns ergreifen. Er muss den unwürdigen Streit über Waffenlieferungen innerhalb der Bundesregierung zwischen Wirtschafts-, Verteidigungs- und Außenministerium beenden. Zweitens muss die Bundesregierung Vorschläge für weitere Sanktionen gegen Russland auf den Tisch legen. Drittens müssen wir unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus Russland unverzüglich minimieren.

Wir fordern die Bundesregierung auf, hierfür endlich einen konkreten Fahrplan zur Gewährleistung der Energiesicherheit vorzulegen. Unsere Aufforderung an die Bundesregierung gilt auch bei der Hilfe für die Opfer des Krieges, insbesondere die geflüchteten Frauen und Kinder. In unserem Leitantrag „Masterplan Hilfe, Sicherheit und Integration für ukrainische Frauen, Kinder und Jugendliche“ zeigen wir auf, wie ukrainischen Kriegsflüchtlingen umfassend geholfen werden kann. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, endlich einen Masterplan umzusetzen. Die

Ampel lässt einen solchen weiter vermissen. Auch nach so vielen Wochen fehlt weiterhin eine funktionierende Koordinierung und Verteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Alle staatlichen Institutionen müssen jetzt an einem Strang ziehen. Das sind wir den ukrainischen Kriegsflüchtlingen sowie den unermüdlichen Helferinnen, Helfern und Hilfsorganisationen schuldig. •

Koalition mit Impfpflicht im Bundestag gescheitert.

Eine allgemeine Impfpflicht gegen Covid-19 wird es in Deutschland vorerst nicht geben. Keiner der Anträge, die dazu im Bundestag beraten wurden, fand eine Mehrheit. Unsere Vertreter der CDU-/CSU-Fraktion haben hier bereits während sowie nach der Debatte unsere fortgesetzte Gesprächsbereitschaft signalisiert. Wir werben weiterhin für unser Konzept einer Impfvorsorge. Damit wäre Deutschland gerüstet für den Fall, dass im Herbst gefährlichere Corona-Varianten auftreten und ein passender Impfstoff vorhanden sein sollte.

Ich bin überzeugt, dass wir weiterhin um die Umsetzung unseres abgestuften Verfahrens werben sollten. Mit besserer Datengrundlage und mehr Vorsorge können wir einen effektiven Gesundheitsschutz vor künftigen Virusvarianten gewährleisten. Darüber hinaus wählen wir diesen maßvollen Mittel- und Ausgleichsweg auch, um das Land mit seinen in dieser Frage verhärteten Fronten wieder zusammenzuführen und zu befrieden. •

Europa ist Moldau zu Dank und Unterstützung verpflichtet.

An der Ukraine zeigt sich, wozu Russland bereit ist, um seinen Einfluss- und Herrschaftsbereich auszuweiten. Auch andere benachbarten Staaten im östlichen Europa sind gefährdet und bedroht. Die Republik Moldau leidet schon seit Jahrzehnten unter der Präsenz russischer Truppen in der abtrünnigen Provinz Transnistrien und Destabilisierungsversuchen aus Moskau. Angesichts der Lage in der Ukraine und der großen Zahl an Flüchtlingen, die das relativ kleine Moldau schon geschultert hat, kam die Geberkonferenz zur richtigen Zeit. Wir müssen Moldau viel stärker unterstützen - sei es bei der Festigung staatlicher Strukturen, der Stärkung des wirtschaftlichen Umfelds und der handelspolitischen Rahmenbedingungen oder der Resilienz gegenüber russischen Fake News. Die in dieser Woche stattgefundene Geberkonferenz muss der Auftakt sein zu einem langanhaltenden Engagement des Westens für Frieden und Demokratie in Moldau. Ich begrüße als stellvertretender Vorsitzender der Parlamentariergruppe Bulgarien-Moldau-Rumänien ausdrücklich, dass der Republik Moldau in diesem Rahmen 695 Millionen Euro Hilfszahlungen zugesagt wurden. Deutschland hat einen Kredit in Höhe von 50 Millionen Euro freigegeben. •



Austausch mit Mitgliedern des nigerianischen Repräsentantenhauses.

In der Funktion als Berichterstatter meiner Fraktion für Zentral- und Westafrika habe ich die Kolleginnen und Kollegen aus dem nigerianischen Parlament sowie das Nigeria-Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Empfang genommen. Die Delegationsreise stand unter dem Titel „Sicherheitspolitik im Austausch“. Neben der Rolle Chinas und Russlands in der Region ging es auch um die multiplen, eigenen Sicherheits Herausforderungen, mit denen man sich im eigenen Land konfrontiert sieht. Neben der Bedrohungen durch bewaffnete Gruppierungen wie Boko Haram und den IS) ist v.a. die Perspektivlosigkeit junger, gut ausgebildeter Menschen ein drängendes Problem. Dennoch verfolge man eine positive Agenda: Man strebe den Aufbau eines regionalen Freihandelsraums und wolle den Austausch mit europäischen Partnern intensivieren. Außerdem werde die derzeitige Verfassung, die stark durch das Militär geprägt sei, aktuell reformiert. Der interparlamentarische Austausch liegt mir sehr am Herzen; trägt er doch zum gegenseitigen Verständnis für die jeweiligen Sichtweisen maßgeblich bei. •